Sonnabend, 23. Mai 1925 · 73. Jahrgang Nr. 242

Berliner Volks-Zeitung

Heute: Jede Woche Musik

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Einheitsbrot	0,56	Wasser ..... cbm	0,17
Milch	0,20	Reichsindex	135,7
Briketts Keller Ztr.	1,57	Strassenbahn	0,15
Gaskoks Keller Ztr.	2,22	Hochbahn II. 0,25, III.	0,15
Ruhrm. a. Grundgeb.	0,16	Stadtbahn II. 0,25, III.	0,15
Gas ... cbm	0,16	Omnib Teil 0,15, g Str	0,20

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fleisch normal	Preise wie bisher
Rindfleisch 0,80—1,10, ohne Kn. 1,10—1,30, Kalbfleisch 0,90—2,20, Hammelfleisch 0,80—1,10, Schweinefleisch 0,85—1,40, Gefrierfleisch 0,45—0,85, Rückenfett 0,75—0,90,	Schweineliesen 0,90—1,10, Rinderalg ausgel. 0,65—0,80 das Pfund, Salzheringe 0,05—0,10, Butter 1,70 bis 2,20 d. Pfd., Kartoffeln 10 Pfd. 0,35—0,40, Malta 0,30—0,35 d. Pfd.

Tel. 0,15, ausw. n. Zon. u. Zeit		Telegr. d. Wort Berlin	0,05
Rohrpost k. 0,35, brief	0,40	Dtschl., Belg., Dän., Danz., Lit.,	
Postk. 0,03, F. u. Oest.	0,05	Ndrl., Schweiz	0,10, Frankr. 0,14
Ausl. 0,15, Tschech. u. Ung.	0,10	Dtschöster., Norw., Tschech.	17
Brief 0,05, Fern- u Oest	0,10	Ital 19, Ungarn 21, Grossbrit.	27
Ausl 0,25, Tschech u Ung	0,20	Russl 25-41, Ver Staat	125-200

Herriot gegen Marokko-Vorwürfe

Eine Darstellung der Anfänge des Konflikts – Die große Aussprache am Montag

Paris, 23. Mai.

Ueber die Vorgeschichte der Ereignisse in Marokko gibt eine Rede Herriots in der Sitzung des Landesausschusses für das Rhônedepartement einige Andeutungen. Bei seiner Ansprache beim Bankett in Grenoble hat der Ministerpräsident Painlevé gesagt, daß „die ersten Hilferufe" des Marschalls Lyautey in Paris eingetroffen seien, als die Regierung Herriot vom Schauplatz abtrat. Aus diesen Bemerkungen glaubten einige Zeitungen schließen zu dürfen, daß Herriot nicht mit der genügenden Aufmerksamkeit die Vorgänge in Marokko verfolgt und dem Marschall Lyautey nicht gleichzeitig die verlangten Verstärkungen gesandt habe. Ein Teil des Departementsausschusses brachte diese Tatsache zur Sprache, um Herriot Gelegenheit zu geben, den Verleumdern zu antworten.

Herriot gab darauf die folgende Erklärung: „Wenn ich richtig verstanden habe, dann sollen nach der Meinung einiger Blätter der General Nollet und ich daran schuld sein, daß wir jetzt in Marokko zu kämpfen haben. Ich brauche nicht den General Nollet zu verteidigen, der über solchen niedrigen Verleumdungen steht, aber ich will dem Volke sagen, daß ich stets in voller Uebereinstimmung mit Marschall Lyautey gewesen bin und daß der Marschall in einem Briefe vom 12. Mai mir spontan versichert hat, er sei niemals besser verstanden und unterstützt worden, als von mir und General Nollet. Was ist in Marokko geschehen? Als die Konflikte zwischen Spanien und Abd-el-Krim ernster wurden, hielt Marschall Lyautey als Vertreter Frankreichs in Marokko es für nötig, eine Anzahl von Vorsichtsmaßnahmen zum Schutze unserer Interessen zu treffen. Er ist dabei mit größter Korrektheit und unter sorgfältiger Beachtung der internationalen Abmachungen vorgegangen. **Der Marschall hat seine Befugnisse nicht überschritten. Er hat sich bemüht, soweit wie möglich, auf friedlichem Wege unsere Rechte zu sichern.** Jetzt wird ihm vorgeworfen, er sei von diesem Prinzip abgewichen, weil er einen Militärposten des Flusses Uergha vorgeschoben hatte. Dieser Posten liegt noch auf dem Gebiet, das unter unserem Protektorat steht, aber der Marschall hielt es für seine Pflicht, seine Aufmerksamkeit noch etwas weiter auszudehnen. Die Haltung Frankreichs war ganz korrekt. Der Ministerpräsident Painlevé hat es öffentlich anerkannt, daß die von Lyautey verlangten Verstärkungen bereits sorgfältig von meiner Regierung vorbereitet waren und von der jetzigen Regierung nur abgeschickt zu werden brauchten."

Herriot hatte großen Erfolg, aber trotz seiner vorsichtigen Ausdrucksweise läßt sich jetzt vermuten, daß der Marschall Lyautey bei dem Vorschieben seiner Militärposten auf das unter französischem Protektorat stehenden, aber freien Gebiet vielleicht ganz korrekt, aber nicht mit der nötigen Vorsicht vorgegangen ist. Abd-el-Krim hat durch einen Gegenstoß geantwortet, und, wie zugegeben wird, einige der französischen Blockhäuser umzingelt. Dabei sind seine Truppen und die Stämme, die sich ihm angeschlossen haben, weit in die französische Zone eingedrungen, und die Franzosen waren nun genötigt, um ihr Prestige zu wahren, die Eindringlinge wieder herauszudrücken.

*

Jetzt ist der Kampf im Gange. Beide Teile haben Verstärkungen erhalten, **und das französische Publikum wird darauf vorbereitet, daß die Operationen länger dauern werden, als zuerst angenommen wurde, und daß sie viel Geld kosten werden.** Die Regierung wird von dem Parlament einen Kredit von 30 Millionen verlangen. Es ist weniger, als erzählt wurde, aber es ist immerhin genug.

Die Situation ist äußerst schwierig. Painlevé wird am Montag in der Kammer voraussichtlich ein Vertrauensvotum erhalten, da außer den Kommunisten und einem Teil der Sozialisten keine Partei gegen die Marokkopolitik der Regierung Opposition machen will, aber eine längere Dauer dieser marokkanischen Kämpfe wird vom Lande nicht ertragen werden.

Zum fünften Male vertagt

Die Botschafterkonferenz — Briands Erläuterungen für London

Paris, 23. Mai.

Die Sitzung der Botschafterkonferenz, in der über die Antwort an die Reichsregierung beraten werden sollte, ist zum fünften Male verschoben worden. Als Grund für diese neue Verzögerung wird ausgeführt, daß die englische Regierung das Studium der französischen Vorschläge noch nicht beendigt habe. Die nächste Sitzung soll nun am Dienstag oder Mittwoch stattfinden. Ein Kommentar zu diesen offiziellen Mitteilungen wird nicht gegeben.

Auch mit den Verhandlungen über den Sicherheitspakt will es nicht vorwärts gehen. Es wurde schon berichtet, daß die englische Regierung um einige Erläuterungen der französischen Vorschläge für eine Antwort auf das deutsche Angebot gebeten und einige Abänderungen gewünscht hatte. Der Generalsekretär im Ministerium des Aeußeren, Berthelot, und der Ministerialdirektor Laroche haben die notwendigen Abänderungen vorgenommen und der neue Entwurf ist von Briand gebilligt worden. **Heute ist das neue Schriftstück nach London abgegangen.**

Belgien wieder ohne Kabinett

Die Kammermehrheit gegen Van de Vyvere

Brüssel, 22. Mai.

Der von dem Liberalen Max, dem Bürgermeister von Brüssel, eingebrachte Mißtrauensantrag gegen das katholische Kabinett Van de Vyvere ist heute mit 98 Stimmen der Sozialisten und Liberalen gegen 73 Stimmen der Katholiken bei neun Stimmenthaltungen angenommen worden. Van de Vyvere hat sich sofort zum König begeben und ihm die Demission des Kabinetts überreicht.

Paris, 23. Mai. (W. T. B.)

Wie dem „Matin" aus Brüssel gemeldet wird, erwartet man in belgischen politischen Kreisen die Bildung eines katholisch-sozialistischen Ministeriums. Nach einer weiteren Blättermeldung aus Brüssel nimmt man an, der König werde dem gemäßigten Sozialisten und Kamerpräsidenten Brunet die Bildung des neuen Ministeriums übertragen.

Sieg des demokratischen Blocks

bei den Gemeindewahlen in Budapest

Budapest, 23. Mai.

Nach fünfjähriger Vorherrschaft ist die reaktionäre Budapester Stadtverordnetenversammlung gestürzt. Vier Parteien zogen in den Wahlkampf, der aus Demokraten, Sozialdemokraten und Liberalen bestehende demokratische Block, die von der Regierung geschaffene, in der Mitte stehende Ipsa-Partei, eine kleinere liberale Partei und die bis jetzt das Regime führende reaktionärchristlich-soziale Partei. Der von allen Parteien mit starken Mitteln seit zwei Monaten geführte Kampf erreichte an beiden Wahltagen, die vollkommen ruhig verliefen, am Donnerstag und Freitag, sein Ende und endete mit einem vollen Sieg der demokratischen Idee. Auf die einzelnen Parteien verteilten sich die Mandate wie folgt: Demokratischer Block 150, Christlich-soziale Partei 90, Ipsa-Partei 22, Liberale Partei 8.

Völkisch, doch volklos

Roßbach will sich stellen

München, 23. Mai.

Die österreichische Bundesregierung hat dem Gesuch Adolf Hitlers auf Entlassung aus dem österreichischen Staatsverbande stattgegeben. Hitler hatte dieses Gesuch gestellt, als ihm nach seiner Haftentlassung die Einreise in sein Heimatland Oesterreich auf Anordnung der Bundesregierung an der Grenze verweigert wurde. Da auch die bayerische Staatsregierung das Gesuch Hitlers um Gewährung der bayerischen Staatsangehörigkeit unerledigt gelassen und damit hinfällig gemacht hat, so ist Hitler nunmehr staatenlos.

Einer der Führer des Hitlerputsches vom November 1923, Oberleutnant Roßbach, will sich, dem „Völkischen Beobachter" zufolge, nunmehr dem Staatsgerichtshof in Leipzig wegen seiner Beteiligung an diesem Putsch stellen. Offenbar glaubt er an keine Gefahr mehr.

Amundsens Nordpolflug

Ausgezeichnete Flugbedingungen

Oslo, 23. Mai. (W. T. B.)

Einem Telegramm der „Norges Handels og Sjöfarts-Tidende" zufolge hat „Fram" die Fühlung mit „Hobby" verloren, die nicht mit drahtlosem Telegraph ausgerüstet ist. Die Mitglieder der Expedition sind überzeugt, daß Amundsen glücklich zurückkehren wird. Es herrscht milde Temperatur, und die Flugbedingungen können als ausgezeichnet angesehen werden.

Roald Amundsen

Schnelldienst

Der Völkerbundsrat wird am 8. Juni unter dem Vorsitz von Quinones de Léon, dem Vertreter Spaniens, zu seiner Sommersession zusammentreten.

Als Nachfolger des verstorbenen englischen Mitgliedes des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Sir William Acworth, ist vom Treuhänder für die Eisenbahnobligationen der englische Eisenbahnfachmann, Herr H. O. Manne, bestellt worden.

Havas dementiert die Nachricht, Außenminister Briand habe sich in der letzten Woche incognito in Rom aufgehalten und längere Unterredungen mit dem Kardinalstaatssekretär Gasparri über die Frage der diplomatischen Vertretung Frankreichs beim Vatikan gehabt.

Der belgische Arbeitsminister Tschoffen ist in Genf eingetroffen. Er wird während einiger Tage an den Arbeiten der Internationalen Arbeitskonferenz teilnehmen.

Der ungarische Reichsverweser hat Baron Dr. Friedrich Willam von der Leitung der ungarischen Gesandtschaft in Prag enthoben und mit der Leitung der ungarischen Gesandtschaft in Bukarest betraut.

Eine deutsche Fischdampferflotte von fünf Fahrzeugen wird demnächst unter Führung des Fischereistationsschiffes „Harriet" eine Expedition nach dem Weißen Meer unternehmen, um die dortigen Fischereiverhältnisse zu erproben und auszuwerten.

Ein europäisches Eisenkartell

Erst deutsche Kartellierung — dann deutsch-französische Industriekooperation — Eine Aufgabe der Demokratie

Aus Westdeutschland wird uns geschrieben:

Die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie steht im Zeichen der Neubildung der alten Kartelle und Syndikate. Diese Syndizierung ist zunächst durch das Streben nach absoluter Herrschaft auf dem inneren Markt bestimmt. Aber — so wichtig dieser nächste Zweck ist — er ist nicht der einzige. Die deutschen Eisen- und Stahlkönige wollen in geschlossener Front dem Comité des forges und der 1923 aus dem Komitee ausgeschiedenen mächtigen Gruppe Schneider-Crensot gegenübertreten. Das Ziel dieser Verhandlungen ist die Wiederherstellung der durch die politischen Grenzen zerrissenen wirtschaftlichen Einheit der Ruhr, der Saar und Lothringens; und darüber hinaus eine Aufteilung der Absatzgebiete für die durch Kriegs- und Nachkriegskonjunktur weit über den reinen Handelsverbrauch gesteigerte Erzeugungsfähigkeit. Damit ist aber auch schon das dritte und schwerste Ziel dieser Eisen- und Stahlpolitik angedeutet: die für die Beherrschung der Weltmärkte zu schwache deutsch-französische Industriekooperation durch den Anschluß der englischen und auch belgischen Industrie zu erweitern.

Unmöglich ist die Erreichung dieses letzten Zieles nicht. Aber herzlich schwer. Vor dem Krieg bestand ein internationales Kartell der Eisenbahnschienenproduzenten. Es schweben aussichtsvolle Verhandlungen zu seiner Wiederbelebung. An dieser Organisation hatte England einen Anteil von 40 Prozent. Am 29. Mai werden sich die interessierten Produzenten in Paris ein Stelldichein geben, und ein günstiger Abschluß wird über kurz oder lang erwartet, obwohl Belgien mit Rücksicht auf seine sehr niedrigen Produktionskosten einige besondere Zugeständnisse verlangt. Aber in diesem Produktionszweig ist die Zahl der Erzeuger und Abnehmer beschränkt, und darum ist es kein Zufall, daß schon vor dem Krieg das Schienenkartell das einzige internationale der Stahlindustrie war. Die Aussichten der übrigen internationalen Kartellierung der Eisenindustrie, d. h. einer Kartellierung über die deutsch-französischen Abmachungen hinaus, unter Einschluß Belgiens und Englands, liegen ganz im Dunkel und sind zurzeit nicht mehr als vage Spekulationen.

Zunächst muß die allgemeine Verbandsbildung in Deutschland abgewartet werden. Die in Paris begonnenen Verhandlungen der deutschen und französischen Industrie werden in absehbarer Zeit, vermutlich in Düsseldorf, fortgesetzt werden.

Die wachsende Verbandsbildung der Industrie, die eine Selbstwehr gegen die Krisen des Kapitalismus bildet, stellt der Staatspolitik schwere Aufgaben. Ein Wirtschaftsabsolutismus ist auch rein wirtschaftlich unerträglich. Die weiterverarbeitende Industrie und die Verbraucher dürfen ihm nicht schutzlos ausgeliefert werden. Eine Demokratie, die sich durchzusetzen versteht, ist das notwendige Gegengewicht.

Anschluß Oesterreichs – aber an Italien?

Die Verhandlungen Dr. Matajas mit Mussolini

Wien, 22. Mai. (W. T. B.)

Einer hiesigen Korrespondenz wird aus Rom gemeldet, daß die Rede Mussolinis im Senat, beziehungsweise seine Ausführungen über Oesterreich eine interessante Vorgeschichte hatten, und daß dieser Rede diplomatische Verhandlungen des damals in Rom weilenden österreichischen Außenministers Dr. Mataja vorangingen. Die damaligen Verhandlungen über eine Zoll- und Münzunion brachten auch die Frage von Südtirol zur Sprache. **Nach der Anschauung Mussolinis, die auch die Billigung Dr. Matajas gefunden haben soll, wäre es nicht ausgeschlossen, daß auf Grund der großen Vorteile einer wirtschaftlichen Gemeinschaft zwischen Italien und Oesterreich ein politischer Zusammenschluß erfolge, und zwar in Form einer Personalunion (?), in welchem Falle Italien bereit wäre, das deutsche Sprachgebiet Südtirols bis Mezzolombardo mit Nordtirol zu vereinigen.** Der englische Botschafter beim Quirinal, Graham, der hiervon unterrichtet wurde, habe mitgeteilt, daß seine Regierung einem Pakt, der auf diese Weise die Befriedung Mitteleuropas erstrebe, sympathisch gegenüberstehe. Der Hinweis Mussolinis in seiner Rede auf die korrekte Haltung